

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Korrespondenten: Kurt Norden 1893 und 1896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Korrespondenten: Kurt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal wöchentlich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Abnahme für Groß-Berlin monatlich 3 Mark, nach außerhalb (Zufendung unter Streifen) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erstattung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

## Berliner Organ

Inserate kosten die Redaktionspalette Willkommensgelder über deren Raum 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Leertextzuschlag 50 Prozent. Bei Familienangehörigen und Vereinstätigkeiten von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Leertextzuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

## der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Dienstag, den 3. Dezember 1918

Nummer 34

# Hindenburg gegen die Unabhängigen.

### Reaktionäre Wühlereien an der Front.

Die Zeichen einer systematischen Verschwörung gegen die Revolution mehrten sich. Nach den Erschließungen der Generale, die sich gegen die Arbeiter- und Soldatenräte wenden, kommen Nachrichten über Zusammenkünfte und Manifestationen, die darauf schließen lassen, daß die Frontarmeen auseinander sind. Stützpunkte gegen die Revolution zu errichten. Im Zentrum Berlins ist es gestern Nachmittag beim Einrücken der Panzerabteilung des 3. Korps eine bescheidene Demonstration gekommen. Von sechs hundert Offizieren geführt, mit schwarz-weiß-roten Fahnen und klingendem Spiel unter dem Lärm des „Heil dir im Siegerkranz“ und anderer Kaisermärsche, zogen sie demonstrativ durch die Stadt. Beim Paritätengebäude wurde die Truppe von Mannschaften des Sicherheitsdienstes aufgehalten und zur Abgabe der Waffen aufgefordert. Der kommandierende Offizier lehnte dies mit hochfahrenden Worten ab. Die Panzer scharten sich um die Offiziere und erhoben die Waffen gegen die Sicherheitsmannschaften, durch deren Zurückhaltung allein ein Blutvergießen vermieden wurde. Unter Hochrufen umstehender Bourgeoischichten legte die Schaar ihren gegenrevolutionären Demonstrationen ein Ende. Gewiß lassen ähnliche Vorkommnisse nicht auf den Geist der Fronttruppen schließen, welche in ihrer großen Masse trenn zur Revolution stehen, die ihnen die Befreiung vom Militarismus gebracht hat. Aber sie zeigen immerhin, daß von den Anhängern der alten Ordnung alles versucht wird, mit Hilfe einzelner irregulärer Truppenteile, um den im Innern zu provozieren, um die Reaktion zum Siege zu verhelfen.

Wie systematisch hierbei vorgegangen wird, zeigt eine Anzahl Dokumente, die die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Monatsnummer veröffentlicht. Diese Dokumente liefern den schlüssigen Beweis, daß die Oberste Heeresleitung den Mittelpunkt der gegenrevolutionären Verschwörung bildet, deren äußere Anzeichen bereits hervorzutreten anfangen. Die Oberste Heeresleitung hat an die Heeresgruppen ein Telegramm gerichtet, das von diesen an die Oberkommandos der Armeen weitergegeben wurde. In diesem Telegramm wendet sich die Oberste Heeresleitung gegen den Beschluß des Berliner Vollversammlung vom 17. November, worin ausgesprochen wurde, daß die politische Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liege. Gegen diesen Beschluß hat die Oberste Heeresleitung eine regelrechte Agitation unter den Fronttruppen eingeleitet. Nach bekannten Mustern hat sie einen regelrechten Propagandakrieg auf die Reichsregierung eingeleitet. Von oben her ernannte „Frontsoldatenräte“ haben sich angelehnt, im Namen der Front zu sprechen und Forderungen an die Regierung zu richten. Die Armeekommandos haben diese Kundgebungen wiedergegeben und für ihre Verbreitung Sorge getragen. Den schlagendsten Beweis jedoch, wie die Gegenrevolution arbeitet, liefert das folgende Flugblatt.

**Flugblatt.**  
In gewaltigen Massen unter den armen Fronttruppen verbreitet wird, und das die Unterdrückung der Hindenburg ist. Das Flugblatt hat folgenden Wortlaut:  
1. Das Ziel der inneren Umwälzung ist die politische Gleichberechtigung aller. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Stimme eines jeden einzelnen zur Geltung kommt und das Ergebnis aller Stimmen eine Nationalversammlung die zukünftige Gestaltung Deutschlands regelt.  
2. Unabhängige und Spartakisten wollen die Einberufung der Nationalversammlung verhindern. Sie wollen vielmehr die Herrschaft einer Klasse über einer Partei.  
3. Unabhängige und Spartakisten wollen ihre Klassenherrschaft, die ohne jede Mitwirkung des Heeres zustande kam, auch ohne Mitwirkung des Heeres zu einer dauernden Einberufung machen. Die heimischen Soldaten, und Arbeiter sind folgen ihnen zwar zum großen Teil, aber sie bestehen aus jungen Menschen, die dahier viel Geld verdienen, während das Heer unter Dauer- oder Lebensgefahr und unter den größten Entbehrungen an Leib und Seele am Feinde kämpft.  
4. Viele heimische Arbeiter, und Soldatenräte haben schon sehr viel Unheil anrichten...

- Beispiele:**
- a) Anhalten und Ausladen von Verpflegungswagen, die für das Heer bestimmt waren. Wo das Heer hungert, hat es dies nur diesen Übergriffen der heimischen Räte zu verdanken.
  - b) Zigaretten sind angehalten, das Personal entlassen und die Verwundeten allein, ohne Hilfe, gelassen.
  - c) Viele Lokomotiven und Eisenbahnwagen sind angehalten, mit denen Teile des Heeres in die Heimat beschickt werden sollten. Mit ihnen reisen heimische Arbeiter, und Soldatenräte in der Heimat herum oder verwenden sie für andere Zwecke. Das Heer muß zu Fuß laufen.
  - d) Viele Lastkraftwagen des Heeres sind in der Heimat festgehalten und fallen für Transport, und Versorgungszwecke aus.
  - e) Kraftwagen, die Befehle überbringen sollten, sind festgehalten. Die Befehle kommen zu spät. Hin- und Vermärsche sind die Folgen.
  - f) Verkehr, Verpflegung und Kohlenversorgung stehen in der Heimat, weil deutsche Arbeiter, und Soldatenräte mit unheimlicher Hand eingreifen. Gewiß ist in guter Absicht, die Folgen sind aber Unordnung, Hungergefahr, Arbeitslosigkeit, Mißmut.
  - g) Heimische Arbeiter, und Soldatenräte, die vielfach Matrosen, die im Kriege nicht gestiftet haben, aber unzureichende an ihrer Spitze haben, haben es gewagt, deutsche Truppenteile des Heeres zu entlassen. Der Sieg des Heeres, die bescheidene Dankbarkeit der Heimat, müßten derartiges verbieten.
  - h) Mensch freiblicher Mensch hat in der Heimat sein Leben lassen müssen, weil gewissenlose und terroristische Elemente versucht haben, eine Gewaltherrschaft auszurichten.
  - i. Wenn die radikalen Elemente, die schon soviel Unheil angerichtet haben, völlig zur Herrschaft kämen — und das würden sie, wenn Obert stürzte —, so würde Deutschland zu russischen Zuständen gelangen. Dort ist alles der sinnlosen Gewaltherrschaft einer kleinen Gruppe unterworfen.

Die Folgen sind:  
Unordnung statt Ordnung,  
Terror statt politische Gleichheit und Freiheit,  
Hunger und Armut statt Wohlstand,  
Bruderkrieg statt Brüderlichkeit,  
Unmoral statt Gerechtigkeit,  
Arbeitslosigkeit statt Arbeit,  
Stillstand statt Freiheit, Vergewaltigung statt Lebensfreude.

Das Familienbild ist zerstört; jeder hängt sich um Frau und Kind, Eltern und Geschwister.  
Alle diese Folgen würden noch schwerer auf Deutschland lasten, weil das Wirtschaftsleben bei und unendlich komplizierter als in Rußland ist und jede Ordnung sich viel schwerer bilden würde.  
6. Es ist auch nicht daran zu denken, daß die Entente mit uns Frieden schließt, wenn die Unabhängigen, „Spartakus“ und Liebknechtisten die Herrschaft bekommen. Die Vereinigten Staaten haben klar ausgesprochen, daß sie nur mit einer Regierung die sich auf die Würde des Volkes stützt, nicht aber mit einer Rasse oder Klasse Frieden schließen wollen. Neues Kriegsgeld würde über uns hereinbrechen, wenn Obert gestürzt würde.  
7. Wenn die Radikalen und Ruber kämen, würden große Teile Deutschlands sich lösen, da sie den Unfuss nicht mitmachen wollten, große östliche Gebiete abfallen, das linke Rheinufer nicht wieder an Deutschland zurückkommen. Zerstückelung, Kleinhafterei wären dann die Folgen. Anzeichen sind schon sehr vorhanden.  
8. Daher muß das Heer die jetzige Regierung stützen. Sollte sie gestürzt werden, so muß es die bürgerlichen Elemente wieder zur Herrschaft bringen, es muß Ordnung und Freiheit wieder in der Heimat ausrichten, es muß die radikalen Elemente beseitigen, damit wir Frieden bekommen und es muß böswilliges Unheil und Leid von der Heimat abwenden.  
Es muß jeden, der in die Reihen des Heeres eintritt, sich selbst — Agenten sind unterwegs — hindurchwerfen, es muß sein Mißbilligungsrecht und die tätige Einwirkung der Nationalversammlung fordern.

Das sei der letzte Dienst, den das Heer für die Heimat leistet, Kinder und Enkel werden es ihm unendlich danken.  
v. Hindenburg.  
Das Ziel dieser „Aufklärungsarbeit“ ist klar ersichtlich. Es gilt, eine bürgerliche Regierung ans Ruder zu bringen. Dieses Ziel wird noch nicht ganz unverhüllt ausgesprochen. Vorläufig gibt man sich den Anschein, die jetzige Regierung stützen zu wollen.  
Aber diese „Stützen“ der Regierung sind ihre größten Feinde. Sie lauern auf den Augenblick, wo sie sie stürzen und durch eine bürgerliche Regierung ersetzen könnten. Dieser Gefahr kann nur begegnet werden:  
wenn die Regierung bei den höchsten Kommandostellen durchgreifend Wandel schafft und bei der Obersten Heeresleitung gründlich aufräumt;  
wenn die Arbeiter- und Soldatenräte für schnelle und gründliche Aufklärung der zurückkehrenden Fronttruppen durch Delegierte, Flugblätter, Zeitungen usw. sorgen;  
wenn die Arbeiter und Soldaten in den Städten fest zueinander stehen und die Anzeichen der sich regenden Gegenrevolution im Keime ersticken.

### Keine Geschichtsfälschung!

Der „Vorwärts“ wird übermüht. Er läßt sich belächeln, an die Haltung der Mehrheitssozialisten während des Krieges zu erinnern und sie zu verteidigen. Er denkt offenbar, auch heute noch die Unentschiedenheit blaffen zu können. Und stolz schreibt er: Ja, wir haben die Kriegskredite bewilligt. Da müssen denn doch die Tatsachen festgestellt werden.  
Die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August war ein Verrat an den sozialistischen Grundgedanken, die die schärfste Opposition gegen den imperialistischen Eroberungskrieg forderten. Niemand, der das alte System kannte, konnte nur einen Moment lang im Zweifel sein, daß der siegreiche deutsche Militarismus die Welt als willkommene Beute behandeln, daß er im Innern eine neue Zwangsherrschaft errichten werde. Sein Sieg hätte Deutschland in eine Hochburg der Reaktion verwandelt und alle übrigen Staaten zu einem Machtbund vereinigen müssen. Es lag nicht an den Rechtssozialisten, daß es anders gekommen ist.  
Die Kreditbewilligung war das Signal für die völlige Demoralisierung der Partei. Der Nationalismus verarbeitete die Gehirne. Die größte Sehe gegen die anderen Nationen, gegen die Sozialisten anderer Länder wurde unter der Führung der „Chemiker Volksstimme“ und des „Hamburger Echo“ systematisch betrieben. Ein Teil der Mehrheitssozialisten kam dabei die wildsten Welt-aufteilungspläne, identifizierte sich bald mit den einen bald mit anderen Annexionsplänen. Jedes internationale Solidaritätsgefühl wurde mißachtet, die Arbeiterklasse durch Proklamierung des Burenkrieges politisch entmannt. Dunkle Existenzen gewannen Einfluß auf die Parteipolitik; die Partei hatte nicht die Kraft, sie abzuwehren, ebensowenig wie die Unentschieden in ihren eigenen Reihen. Um so unerbittlicher, systematischer und raffinierter wurden von den Partei- und Gewerkschaftsinstanzen verfolgt und an die Wand gedrückt alle die, die an den sozialistischen Grundgedanken festhielten.  
Die Kreditbewilligung und ihre Konsequenzen haben schließlich die Einheit des Proletariats gebrochen, die Partei gespalten. Sie haben dem einen Teil die Selbstbetätigung seiner Anhänger genommen und ihre lebendigen politischen Energien gelähmt; auf der anderen Seite gerade die Charakterfesten, entschlossensten, ausdauerndsten proletarischen Kämpfer mit tiefem Mißtrauen erfüllt und sie für die radikalen, deutschen Verhältnissen oft nicht angepaßten Lösungen empfindlich gemacht ihr Vertrauen zu sich selbst, zu den breiten Massen des Proletariats erschüttert.  
Sie haben die Partei eingesperrt und die Bewegung durch ihre Politik vertriebt und abwärts zu der Zeit ge-



Verpflichtung. Den Dienst der Bürgerwehr hat die amerikanische Regierung mit der Polizei übernommen. Eine Vereinbarung des Oberbürgermeisters im Auftrag der amerikanischen Kommandantur bestimmt die Abgabe sämtlicher Waffen bis zum 1. Dezember. Die amerikanischen Truppen dürfen die Wirtschaften zwischen 8 und 9 Uhr nachmittags besuchen.

**2. Dezember. Französische Besatzungsabteilungen** von mehreren hundert Mann sind gestern u. a. in Bergabern, Kandel, Winden und Pörg eingedrungen. Der Verkehr auf den südpfälzischen Bahnstrecken ist eingestellt.

**3. Dezember.** Nach dem Einrücken französischer Truppenabteilungen, unter denen sich auch farbige befanden, wurde gestern um 11 Uhr die Stadt unter französischer Oberkommando gestellt.

### Ungebligte Forderungen der Alliierten.

Aus dem Haag wird gemeldet: Der parlamentarische Mitarbeiter der entschiedenen Liberalen „Daily News“ sagt, daß folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2 bis 2½ Milliarden Pfund Sterling berechnet.
2. Sämtliche verunachteten Häuser in den Städten dieser Gegend müssen von deutschen Arbeitern aufgearbeitet und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.
3. Es soll Schadenersatz für den verunachteten Schiffbau geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren, ohne daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die belgischen oder anderen Kaufmannschaften gebaut werden.
4. Außer dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen.
5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.
6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.
7. Die Verbesserungen in Italien, Serbien und Rumänien sind ebenfalls wieder gutzumachen.

### Gompers Stellung zum Frieden.

An der Friedenskonferenz wird auch der Führer der amerikanischen Gewerkschaften teilnehmen. Es ist deshalb von Wichtigkeit, seine Stellung zu den Friedensproblemen kennen zu lernen. Gompers hat nun auf der amerikanischen Arbeiterkonferenz, die in Laredo (Texas) stattfand, folgende Resolution beantragt:

- Wir erklären, daß die folgenden wichtigen und grundlegenden Prinzipien die Basis des Friedens und gleichzeitig die Prinzipien aller Kulturvölker bilden müssen:
1. Eine Liga der freien Völker der Welt, die sich zu enger Zusammenarbeit eng verbunden haben, im Hinblick auf die Gerechtigkeit und, demgemäß, auf den Frieden, in den internationalen Abmachungen.
  2. Keine politischen oder ökonomischen Beschränkungen, die bestimmte Nationen zu bevorzugen und die geeignet sind, andere Nationen zu schädigen und zu unterdrücken.
  3. Keine Repressalien, die begründet sind auf dem Wunsch nach Rache und auf überlegten Plänen, Unrecht zu tun, sondern nur zu dem Zweck, offensichtliches Unrecht gut zu machen.
  4. Anerkennung der Rechte der kleinen Völker und Annahme des Prinzips, daß kein Volk gewaltsam unter eine Herrschaft gebracht werden kann, unter der es nicht leben will.
  5. Keine territoriale Neugebaltungen und keine Grenzverschiebungen, außer solche im Interesse des Wohles der interessierten Völker und der Befestigung des Weltfriedens.
  6. Außerdem sollen diesen Prinzipien im Interesse aller Völker und besonders der Arbeiter, für die sie eine Lebensfrage sind, folgende wichtige Erklärungen hinzugefügt werden:  
In Gesetz und Praxis muß das Prinzip anerkannt werden, daß die Arbeit eines menschlichen Wesens keine Ware und kein Handelsartikel ist.

### Das Getreide als Zeitquelle

behandelte am 26. d. M. Prof. P. Rindner in der Sitzung des Vereins deutscher Chemiker.

Er hat in der sogenannten Neurontheorie der Getreidefermentation weit nachgewiesen. Bisher hat man nur die Keimlinge der Körner untersucht. Die übrigen Keimlinge der Neuronzellen sind aber weit bedeutender, etwa 10 mal so groß. Beide pflanzlichen Teile zusammen ergeben für die deutsche Getreideproduktion etwa 1 000 000 Tonnen, d. h. ebensowohl wie im Frieden Deutschland an pflanzlichen und tierischen Fetten importierte. Im Kriege wurde dem Viehfutter alles Fett entzogen, in dem die Kleie im Brot mitverbunden wurde. Im Brot wurde aber das Neuronfett der unverbautlichen Fellen wegen vom Menschen nicht ausgenutzt, während es an Milch und Butter gebracht, weil die Kleie, die ihrer andersartigen Verdauung wegen das Fett der Neuronzellen abzugeben, weil sie die Kleie auslösen, die Kleie und Weizenreiter nicht erhalten. Auch Weid und Schaf verwerten das Neuronfett, dagegen gar nicht das Getreide und sehr wenig das Schwein, woraus sich ergibt, wie die Kleie am nützlichsten zu verwenden wäre. Entweder ist die Kleie wieder aus Kleidmehl zu verfeinern oder sie muß so behandelt werden, daß das Fett der menschlichen Verdauung zugänglich wird, was der Fall ist, wenn man die Neuronzellen in Salzsäure quellen läßt. Leider gibt es bisher noch kein Verfahren, diese Aufschichtung praktisch und im großen auszuführen. Immerhin zeigte der Vortrag, wie sehr manche wohlgemeinte Kriegsmassnahmen gegangen sind.

In der anschließenden Diskussion wurde in den Optimismus, wenn das vorstehende reichlich Wasser gesättigt und als Ergebnis kann konstatiert werden, daß der zu erwartende Gewinn wahrscheinlich durch entsprechende Verluste in der Tierzucht wettgemacht werden können. Alle solche theoretischen wichtigen Untersuchungen sind praktisch nur in Zeiten ausgesprochenen Mangels von Weizen. Wenn hinreichend pflanzliche und tierische Nahrungsmittel verfügbar sind, wird man dem Brot wieder Fett und Eiweiß der Keimlinge, nach dem Vieh das Neuronfett entnehmen. Ganz sehr ging jedenfalls die Polemik eines Redners gegen die Erhöhung der Produktion, man solle lieber Vieh füttern. Der Redner veranlaßte, daß gegenwärtig Rot sofort befriedigt werden muß und daß unsere Vorräte nicht einmal dazu lange reichen. Der Ernährungskommissioner handelt also durchaus nicht „sozialdemokratisch“. Sehr richtig begründete dagegen ein anderer Herr den Wert und die Zuverlässigkeit der

Die Rechte auf freien Zugang zu den öffentlichen, auf freie Versammlungen, auf die Freiheit des Wortes und der Presse dürfen nicht beschränkt werden.

Den Mannschaften der Handelsflotte muß das Recht zugesichert sein, ihre Schiffe verlassen zu können, wenn sie im Hafen angekommen sind.

Keine Produkte oder Handelswaren dürfen ausgeführt oder dem internationalen Handel zugeführt werden, an deren Herstellung Kinder unter 16 Jahren zu arbeiten gezwungen oder erzwungen sind.

Es muß erklärt werden, daß der Arbeitstag in Handel und Industrie nicht 8 Stunden übersteigen darf.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

### Für einen internationalen Sozialistkongreß.

Bern, 2. Dezember. Die interventionistische Union Sozialista Italiana hat noch lebhafter Ausdrücke beschloffen, mit allen Sozialistparteiern, die das Londoner Memorandum unterzeichnet haben, sowie mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau gemäß Einberufung einer internationalen Sozialistenkonferenz zusammenzuarbeiten, in welcher die Sozialdemokratie der ganzen Welt die Bedingungen eines gerechten Dauerfriedens aufstellen soll. Als Hauptpunkte für einen Dauerfrieden werden in der Tagesordnung u. a. genannt die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Abschaffung der Geheimdiplomatie und der stehenden Heere, der Einrichtung einer internationalen Schutzwehr und internationaler Kontrolle der Rüstungen sowie einer internationalen sozialen Erziehung, die gleiche Rechte für die Arbeiter aller Länder verbürgt. Eine zweite von der Union Sozialista Italiana angenommene Tagesordnung verweist die Einmischung der Entente in die sozialistische Revolution in Russland.

### Die Neutralen und der Völkerbund.

Kopenhagen, 2. Dezember. Die dänischen Blätter veröffentlichen am Dienstag morgen eine durch Riksbuss Bureau verbreitete amtliche Note, in der ausgeführt wird: In Uebereinstimmung mit den auf den nordischen Ministertag zusammengeführten gefassten Beschlüssen ernannte die Regierung der drei Länder Ausschüsse zur Bearbeitung des vorliegenden Materials zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der neutralen Staaten während und nach dem Friedensschluß. In mehreren gemeinsamen Sitzungen einigten sich die Ausschüsse aller drei Länder über einen im einzelnen ausgearbeiteten Vorschlag für eine mögliche Organisation eines Bundes der Völker. Der Vorschlag umfaßt die allgemeine Verpflichtung, Streitigkeiten zwischen Staaten einem Schiedsgericht oder einer Vermittlung zu unterwerfen, ferner die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, internationaler Untersuchungs- und Vermittlungsbehörden sowie einer ständigen Organisation von Frieden- oder Völkerrechtskonferenzen im Haag. Die Stellung der nordischen Staaten zu dem von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Gedanken einer internationalen Einverständnis der Rüstungen und die Frage betreffend internationale Rechtsmittel zur Geltendmachung der Organisationen sowie die daraus sich ergebenden Folgen waren Gegenstand einer vorläufigen Erörterung innerhalb der Ausschüsse und werden bei der fortgesetzten Zusammenarbeit der drei Länder weiter besprochen werden.

### Die neue belgische Regierung.

Dem neuen belgischen Ministerium gehören folgende Sozialisten an: Ansele (öffentliche Arbeiten), Vandervelde (Justiz, Wänters (Industrie und Erziehung), Coppiniers (Unterhaushaltsfeld für öffentliche Arbeiten). Ueber das Programm des neuen belgischen Ministeriums berichtet die „Humanität“ vom 22. November: Allgemeines Einverständnis mit 21 Forderungen, nach 6 Monaten Aufenthalt; mögliche schnelle Wahlen, wahrscheinlich im Mai. Man wird sich bemühen, die Formalitäten der Verfassungsänderung möglichst zu vereinfachen. Abschaffung des Artikels 310 des Strafgesetzbuchs, betreffend Arbeitsrecht; Errichtung einer ständigen Unterabteilung durch fortschreitende Ausdehnung großer Kurse an der Universität Gent. Die Frage des Frauenstimmrechts bleibt offen, ist aber nicht entschieden. Die Rüstung dieser Regierung wird wahrscheinlich mit den neuen Wahlen beendet sein, die, glaubt man, Änderungen in der Vertretung der verschiedenen Parteien herbeiführen werden.

meinen „wissenschaftlichen“ Publikationen der Kriegszeit, weil sie alle tendenziös gefärbt und von der Zensur beeinflusst und beschnitten seien.

### Der Grassteppich von Mcenslon.

Ein Naturwunder.

Auf der kleinen Insel Mcenslon (Himmelsfahrtsinsel) bildete sich im vorigen Jahre plötzlich ein prächtiger Grassteppich, ohne daß eine menschliche Hand irgendwo gefast hatte.

Im Jahre 1810 hatten die Engländer die kleine Insel besetzt, die etwa 95 Quadratkilometer umfaßt und auf dem Weg von den Kapverden Inseln nach St. Helena liegt, etwas über tausend Seemeilen nördlich dieser Insel. Die Engländer wollten von hier aus den gefährlichen Kaiser Napoleon auf St. Helena bewachen. Die kleine Insel ist vulkanischen Ursprungs und ihr Boden scheint nur aus Schlacke und Lava zu bestehen. Daher konnte sich kein Pflanzenleben auf ihr entwickeln.

Im Mai vorigen Jahres und in den folgenden Monaten traten indessen völlig unerwartete, langdauernde und heftige Regenfälle ein, unter deren Einwirkung es überall zu Insoffen und zu grünen begann. Die Bewohner des einzigen Ortes auf der Insel, Georgtown, erlitten das noch nie gesehene Wunder, daß sich die dunkle Schlacke mit saftigem Grün überzog. Keines Menschen Hand hatte das Gras gesät und doch wuchs es überall auf der bis dahin kahlen Insel. Man fandte einige Bündel des Grases an die Zeitung des berühmten botanischen Gartens in Kew mit dem Gesuchen um eine Erklärung des unbegreiflichen Naturwunders. In Kew erklärte man, man nehme an, der Samen sei entweder von den ständig aus Südost wehenden Passatwinden oder von den schwarzen Seeschwalben mitgebracht worden, die sich oft auf der Insel aufhielten, und er habe sich bei dem in diesem Jahre herrschenden, so warm günstigen Wetter entwickelt. Für die Annahme, daß der Samen durch Seeschwalben hingetragen worden ist, spricht der Umstand, daß das Gras zuerst an den Stellen zu wachsen begann, die sich die Seeschwalben zum Aufenhalt zu wählen pflegten. Es konnte nachgewiesen werden, daß es eine Art Wüstengras mit sehr leuchtendem Blaugrün war, das an vielen Stellen der afrikanischen Wüste wächst.

### Die Abdankungsurkunde des Kronprinzen.

Der Korrespondent der „Deutschen Allg. Zig.“ im Haag erzählt von maßgebender Stelle, daß die Abdankungsurkunde des Kronprinzen am morgigen Dienstag erscheinen soll. Wie es heißt, dankt der frühere Kronprinz nur für sich, nicht aber für seine Nachkommen ab.

### Die deutsche Regierung gegen die Judenpogrome.

Von polnischer Seite wird in den letzten Tagen in Schmeizern behauptet, daß die Pogrome in Galizien auf althebräischer Seite (11) Untriede zurückzuführen seien. Von amtlicher deutscher Seite wird erklärt, daß diese Behauptungen völlig frei erfunden sind und einen Versuch der Polen darstellen, sich der schweren Schuld an den jüdischen Ermordungen zu entziehen.

Die deutsche Regierung bebauert lebhaft die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung in Galizien und Kongreepolen.

### Waffenbeschaffung durch die russische Botschaft.

Wolfs Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Wie sich weiter herausstellt, hat die frühere russische Botschaft sich hier nicht nur die Verbreitung von bolschewistischen Propagandaschriften, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen. In dem Zuge, der die Botschaft an die Grenze brachte, hat ein Mitglied der Mission ein Päckchen mit Papieren liegen gelassen. (Die Red.) Darin befanden sich 21 Rechnungen über Ankäufe kleiner Mengen von Waffen und Munition. Sie erstrecken sich auf die Zeit vom 21. September bis 31. Oktober d. J. und lauten auf insgesamt 159 Mauserpatronen, 28 Brownings und 23 Parabellum-Patronen, 23 Mauserpatronen für insgesamt 105 000 Mark.

### Keine „Republik Thorn“.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Thorn erachtet es für unzulässig, daß die kaiserlichen Gerichte über die Bildung einer „Republik Thorn“ erfinden. Diese Gerichte werden von den Riksbuss verurteilt, die eine Justizmarke gegen den Thorn Soldatenrat führen. Der A. u. S.-Rat Thorn vertritt die Interessen der deutschen Republik als Ganzes und arbeitet stets im sozialdemokratischen Sinne. Politisch steht der A. u. S.-Rat auf dem Boden der Nationalversammlung, er wendet sich aber entschieden gegen alle Versuche, die alte selbstherrliche Militärmacht wieder auszurichten. Zugleich protestiert er gegen die Ausschachtung der „Polenfahr“ als Waffe gegen den Sozialismus. Diese Waffe besteht für die deutsche Republik absolut nicht.

### An die sozialistische Jugend der höheren Lehranstalten

Das Verbot der politischen Vertiefung der Jugend in den Schulen ist durch die Revolution gefallen. Der schmachvolle Zustand gewalttätiger Unterdrückung jeder politisch selbständigen Meinungsäußerung ist beseitigt. Damit erwächst der Jugend eine neue Aufgabe, die umso schwerer ist, als bisher nicht die geringste Vorarbeit dafür geleistet werden konnte; die Jugend muß ihr politisches Recht ausüben. Doch sind wir, die wir uns zum Sozialismus bekennen, an den höheren Schulen in einer verabschiedenden Rindergasse. Um so mehr ist es nötig, daß wir uns jetzt zusammenschließen; denn wenn auch das Gesetz geschwunden ist, der Unterricht geht in den alten Bahnen weiter. Der Zusammenschluß wird uns die Kraft geben zur Erfüllung unserer Aufgabe. Daher haben wir uns entschlossen, in unserer proletarischen freien Jugendbewegung einen besonderen vorläufigen Ausschuss zu bilden, der sofort an die Schaffung einer sozialistischen Jugendorganisation für die höheren Lehranstalten herangehen wird. Deren wichtigste Aufgabe wird sein, durch eine zielbewusste sozialistische Propaganda, durch Konferenzen, Versammlungen, usw. die sozialistischen Ideen unter der bürgerlichen Schulpjugend zu verbreiten. Wir müssen ohne Verzug ans Werk gehen.

Sozialistische Schüler und Schullehrer, schickt Eure Adressen sofort an das Jugendsekretariat Werkin, Schiffstraße 8. Schon in der nächsten Woche werden wir mit Euch allen zu einer Besprechung zusammenkommen. Verbreitet diesen Aufruf, wo ihr könnt, vor allem in den Schulen!

Die proletarische sozialistische Jugend (Freie Jugend) Groß-Berlin.  
Der vorläufige Ausschuss für die höheren Lehranstalten.  
J. A.: Kurt Klasse.

### Die Presse in China.

Die chinesische Presse ist noch sehr wenig entwickelt, und wenn man die Presseverhältnisse der Hauptstadt betrachtet, so ist damit im großen und ganzen alles gesagt; denn Zeitungen von Bedeutung gibt es nur in Peking. Das Angekommene liegt noch in seinen ersten Anfängen; denn die Geschäfte werden in höchst primitiven Formen betrieben, und es gibt keine Oeffentlichkeit, an die sich der Geschäftsmann wenden könnte. Die Zeitungen sind ohne Ausnahme Organe der Behörden oder politischen Parteien, die ihren Ideen und Anschauungen Anhänger gewinnen wollen. In ganz Peking gibt es kein unabhängiges Organ. Für den Druck der 25 Tageszeitungen gibt es in Peking nur sechs Pressen, alles nur Handpressen. Der Satz einer chinesischen Zeitung ist mit den größten Schwierigkeiten verbunden; denn an Stelle der 26 Zeichen unseres Alphabets hat der chinesische Seher mit fünf- bis sechs verschiedenen Schriftzeichen zu arbeiten. Es ist ein noch ungelöstes Rätsel der chinesischen Überdichtigkeit, wie ein ungeübelter Kull, der wenige Dollars im Monat erhält, imstande ist, eine so verwickelte Arbeit auszuführen, und es ist unbeschreiblich, wie diese wenigen Pressen jeden Tag so viele Zeitungen drucken können, wenn auch das Format nur klein ist.

Der Redaktionsstab einer chinesischen Zeitung besteht gewöhnlich nur aus dem Eigentümer und Herausgeber, der stets ein und dieselbe Person ist. Nur ein oder zwei Zeitungen in Peking haben ihren eigenen Berichterstatter, der für den lokalen Teil sorgt. Für auswärtige Politik hat man überhaupt kein Interesse, und vom Krieg spricht man sehr wenig.

Die chinesischen Journalisten sind größtenteils Studenten, die in Japan moderne Bildung erhalten haben und den größten Gegensatz zu den altmodischen Schriftstellern bilden, die schon gedruckte Plakate für die Hauptstädte bei einem Zeitungsausschlag halten. Tant diesen modernen Elementen hatten Sachlichkeit und tiefer Kenntnis langsam, aber sicher ihren Eingang auch in die chinesische Presse.

### 17 Millionen Telefonapparate.

„Financial News“ berichten, daß es in der Welt 17 Millionen Telefon-Apparate gibt. An erster Stelle steht Amerika mit 18,2 Millionen, während die Gesamtzahl der Apparate in Europa zur entsprechenden Zeit nur etwa 4½ Millionen betrug. Von den europäischen Ländern hat Deutschland vor dem Kriege mit 1 420 000 Telefonen obenan; Schweden hatte 347 000 Apparate und steht im Verhältnis zur Volkszahl, was die Telefonverbreitung betrifft, unter den Völkern an erster Stelle.

# Gewerkschaftliche Sammlung!

B. Rudner.

Der Umsturz des verfallenen Regimes ist nicht nur gegen den Willen der abhängigen Sozialdemokraten vollzogen worden, sondern auch das Übergewicht der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie mußte beseitigt und die Bahn zum zilsichereren Weg freigemacht werden.

Dem Gros der deutschen „freien“ Gewerkschaften, resp. deren Führern, die sich bislang rückhaltlos der niedergeschlagenen Autokratie zur Verfügung stellten, verdanken wir den Niedergang der gewerkschaftlichen Internationale und der moralischen Antipathie, deren wir uns als ehemalige weitbekannte gewerkschaftliche Schrittmacher nun zu „erstreuen“ haben.

Wir, die wir auch in den heißesten Tagen des chauvinistischen Größenwahns kühl und prinzipienfest blieben, wir empfanden doppelt die Last jenes Erbes, das uns all jene Verblendete und Renegate hinterließen, das wir nun zu liquidieren haben.

Die Schaffung des heiligen Burgfriedens, das Hilfsdienstgesetz, der Anschluß an den Volksbund für Freiheit und Vaterland, die Gutheißung der Ludendorff-Spende usw. sind so die Meilensteine auf dem falschen Weg, den man den Arbeitern mitzumachen zumutete. Während ein hochwürdiges System 4 1/2 Jahre verteidigt wurde, haben unsere gewerkschaftlichen Schwächlinge mit unsern wirtschaftlichen Fonds Kriegsanleihen gezeichnet und uns an den Rand des intellektuellen Bankrotts gebracht.

Dieser Herrlichkeit muß nun ein Ende bereitet werden. Vielen Gewerkschaften war es bisher nicht möglich, ihre ordnungsgemäßen Generalversammlungen abzuhalten. Dies muß baldigst nachgeholt werden. Haben wir das verurteilte korrupte System endlich beseitigt, so haben wir erst recht die Pflicht, innerhalb untrer wirtschaftlichen Organisationen den Lufthauch der neuen großen Zeit nicht zu hemmen und den noch größeren, bevorstehenden Aufgaben gerecht zu werden.

Alles Alte und Burmesische muß in der Berenkung verschwinden.

Wir haben nicht nur Verpflichtungen gegen uns selbst, sondern auch gegen die Internationale, wir müssen versuchen, die abgerissenen Fäden wiederzufinden und zu knüpfen, die inakusiert allen Gefahren, die uns umdrängen könnten, trogen sollen.

Gründlichste Säuberung innerhalb unserer eignen Institutionen ist zunächst erste Grundbedingung.

Neues Leben nur in die Gewerkschaften kommen. Wir brauchen neue Leute, die die Zeichen der Zeit zu deuten wissen. Die kommende Sozialisierung wird den Gewerkschaften neue Tätigkeitsgebiete bringen und zuweisen.

Wir müssen selbst alle diese Fragen nach allen Richtungen erörtern und vorarbeiten, um jederzeit gerüstet und aktionsfähig dazustehen.

Wir werden einen großen Bedarf an technischen Verwaltungstalenten haben, die die Gewerkschaften werden helfen müssen.

Es wird zu erwägen sein, ob unsere Verbände nicht verwaltungstechnische Kurse einrichten sollen, um untern im praktischen Leben stehenden Industriearbeitern all jene notwendigen Kenntnisse noch zu vermitteln, deren sie bedürfen.

Innerhalb der kapitalistischen Ordnung waren gewisse Grenzen der gewerkschaftlichen Betätigung gezogen. Diese sind gefallen, unser Aufgabenkreis hat sich erweitert.

Wir werden mehr als bisher Bildungsarbeit in den Gewerkschaften leisten müssen, uns mehr mit nationalökonomischen Fragen beschäftigen müssen als es bisher geschah.

Die wirtschaftlichen Tagesfragen und der Aufwand an Arbeit hierfür dürfen nicht nur Haupttätigkeit unserer Gewerkschaften werden.

Für eine geistige Durchdringung der breiten Massen der Mitarbeiter muß Gelegenheit geschaffen werden, um so die Mitarbeiterkraft aller zu sichern.

Unsere Verwaltungen selbst müssen demokratisiert, Bildungs- und Aufklärungsausschüsse geschaffen werden, so daß das letzte Mittelglied vom Fluidum der großen historischen Umwälzung erstritten wird.

Insbesondere muß innerhalb der Angestellten- und Beamtenorganisationen fruchtbare Arbeit geleistet werden. Wir bedürfen dieser Kräfte, schon ihrer Spezialkenntnisse im Bank- und Handelswesen usw. wegen, um wenigstens die wichtigsten Kemter und Verwaltungsaufgaben in sichere Hände zu legen.

Durch fortwährende demokratische Kontrolle muß einer reaktionären Diktatur einzelner vorgebeugt werden, und unsere gewerkschaftlichen, administrativen und legislativen Körperschaften müssen derartig zusammengesetzt sein, daß rückfällige Meinungen als ausgeschlossen gelten. Es darf nicht mehr vorkommen, daß man eine Generalkommission jeglicher Güte mit der Durchführung bestimmter Aufgaben betraut, ihr eine große Machtvollkommenheit in die Hand gibt, mit der Mißbrauch angetrieben wird, und daß man sich genötigt sieht, hernach dies als großen und schweren Fehler einzugestehen.

Dies ist eben nur möglich, weil die Art und Größe der auf uns nun einströmenden Probleme nicht allen klar sind.

Wissen ist Macht, je mehr wir wissen, um so machtvoller werden wir sein, desto weniger unnütze Wege werden wir zu gehen haben.

Es bedarf der Sammlung des einzelnen und des Ganzen. Jeder sozialistische Gewerkschaftler muß sich mehr denn je an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen, die Selbsterziehung der Organisation herbeiführen, initiativ und vorkommenschaftlich wirken und produktive Arbeit leisten. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf zunächst 8 Stunden gibt uns etwas mehr Zeit und Muße, zu lernen und zu wirken. Jeder einzelne dient dem Ganzen, und je mehr wir uns aus der Enge des bisherigen Daseins herausreißen und -heben, um so eher kommen wir zum Ziel: der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu bereiten.

# Groß-Berlin.

## Die Berliner Arbeiterratswahlen.

### Fristsverlängerung um einen Tag.

Berlin, 2. Dezember. (Amtlich.) Arbeiterratswahl für Groß-Berlin. Wir machen nochmals auf die Meldungen aufmerksam. Der Meldetermin wird um einen Tag verlängert. Letzter Meldetermin Mittwoch, 4. Dezember 1918, nachmittags 6 Uhr. Die Orte Mariendorf und Mariensfelde sind in der Liste nachzutragen.

### Die Wahlkommission.

J. U.: Neumann.

### Wahnsinnige Deje.

Die neue Ordnung hat in manchen Köpfen große Verwirrung angerichtet. Noch mehr die Furcht vor sozialistischer Propaganda. Unter Soldaten hat eine gewisse Besse vor Diebstahl, besonders Goldschmelze, Wobin das führt, steigt ein Plakat, das gestern früh an den Anschlagssäulen im Bismarckpark angeheftet war. Der Wortlaut des Plakats lautet:

#### Arbeiter, Bürger!

Das Vaterland ist dem Untergang nahe.  
Rettet es!  
Es wird nicht bedroht von außen, sondern von innen:  
Von der Spartakusgruppe.  
Schlagt ihre Führer tot!  
Tötet Liebknecht!  
Dann wecket ihr Frieden, Arbeit und Brot haben.  
Die Frontsoldaten.

Man sieht, daß manche Leute tatsächlich wahnsinnig geworden sind. Schlagt Liebknecht tot, schlägt alle tot, die der Arbeiterklasse ihr Recht wahnen wollen, und war schon immer die Parole jener Gewaltpolitiker, die uns so lange niedergehalten und jetzt die gewählte Pressefreiheit dazu benutzen, ihrer Bestiennatur die Fägel schießen zu lassen. Ob das Plakat wirklich von Frontsoldaten ausgeht, steht dahin, aber natürlich reden auch im grauen Koff genug von jener Sorte, die die eigenen ihnen unabwequemen Volksgenossen lieber heute als morgen aus dem Wege räumen. Es wird wirklich Zeit, mit derartigem Gefindel auszuräumen. Leider bleibt es im vorliegenden Falle anonym. Brutal und feig war immer ihre Parole.

**Volksrat, Ausschuss für preussische Angelegenheiten (Preussenausschuss).** Der Ausschuss hat sich konstituiert und zu Vorsitzenden die Genossen Obuch und Hermann Bergmann, zum Schriftführer den Genossen Bierth gewählt. Es wurde beschlossen, sich über die bisherige Tätigkeit der neuen preussischen Ministerien Bericht erstatten zu lassen und die Ministerpräsidenten gegen Anstippen über die gemeinschaftliche Arbeit zur nächsten Sitzung einzuladen.

**Drava!** Die 750 Arbeiter und Arbeiterinnen vom Stahlwerk Becker in Reinickendorf beschlossen in ihrer Betriebsversammlung, daß die Arbeiterinnen 50 Pf. und die Arbeiter 1 Mark wöchentlich zu einem Agitationsfonds für die U. S. V. D. beisteuern. Ferner wurde beschlossen, auf den Reichen der Kollegen zwei Mann zu beauftragen, im Sinne der U. S. V. D. auf dem Lande bis zur Wahl der Nationalversammlung zu agitieren.

**Banken.** Die Lebensmittel dieser Woche. Im Laufe dieser Woche gelangen in unseren Verkaufsstellen zur Verteilung: Auf die allgemeine Lebensmittelkarte: 100 Gramm Graupen auf Abschnitt 70, soweit die Ware noch nicht abgehoben ist. 100 Gramm Grieß auf Abschnitt 72 nach Eingang der Ware. Auf die Panlauer Lebensmittelkarte: Räumwaren, soweit solche eingehen, auf Abschnitt 114, 128 und 9. Auf besondere Karten: 2500 Gramm Brot oder 1850 Gramm Brot und 300 Gramm Mehl auf die Brotkarte vom 2.-8. Dezember 1918. 20 Gramm Butter, 50 Gramm Margarine, 250 Gramm Fleisch mit Knochen und Wurst auf die Abschnitt 1-10 der Reichslebenskarte vom 2.-8. Dezember 1918, 7 Pfund Kartoffeln auf die Abschnitt 188a-g der Kartoffelkarte der Gemeinde Berlin-Pankow, 375 Gramm Zucker auf Abschnitt 23 der allgemeinen Zuckerkarte, gültig vom 1.-15. Dezember 1918, 1 Päckchen Süßstoff (H-Padung) auf Abschnitt 12 der Süßstoffkarte für den Monat Dezember 1918. Zulage an Personen über 75 Jahre: 500 Gramm Pasterknoten für den Monat auf Bezugschein. Zulagen für Kinder bis zu 9 Jahren: 500 Gramm Pasterknoten für den Monat auf Bezugschein, 375 Gramm Zuckergulage für Kinder im 1. Lebensjahre auf Abschnitt 28a, b und c der Zusatzzuckerkarte, 250 Gramm Zuckergulage für Kinder im 2. Lebensjahre auf Abschnitt 28a und b der Zusatzzuckerkarte. Für Kinder vom Beginn des 3. bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres: 125 Gramm Zuckergulage auf Abschnitt 28 der Zusatzzuckerkarte.

**Mariendorf.** In einer öffentlichen Versammlung am 1. Dezember machte Genosse Rietze über die Verhältnisse in der Gemeindeverwaltung weitere Feststellungen. Obwohl die Unternehmung noch nicht abgeschlossen ist, sehe doch schon sehr, daß während des Krieges die Schuldenlast der Gemeinde, die etwa 2300 Seelen zähl, um mindestens 4 Millionen Mark gestiegen ist, ohne daß Bedingung dafür vorhanden ist. Darlehen wurden in großen Beträgen aufgenommen und in die Bücher eingetragen, aber wo sie geblieben sind, ist nicht zu erfahren. Die Gemeinde soll laufend über alle weiteren Feststellungen unterrichtet werden. Nach einem Vortrag des Genossen Platon über das Thema: Was ist Sozialismus? meldete sich eine größere Anzahl Mitglieder zur Partei. Auch für die Parteipresse wurden Abonnenten gemeldet.

## Spekulanten.

Die Kriegspreis-spekulanten haben sich verreckt. Die noch Eingekerkerten sind heute über daran, denn die Preise purzeln oder steigen doch Schwächenanbahnungen. Ein plötzliches Kriegsende hatten die meisten nicht gesehen, jeder Stoplex hoffte noch, seine Ware rechtzeitig abzugeben. Viele glaubten, die Friedensnachfrage würde die Preise stabilisieren. Auch in Deutschland gab es Theoretiker und Praktiker, die einen Preissturz für unmöglich hielten. Diese Bücher wurden zur Begründung dieser Ansicht geschrieben. Man lese beispielsweise, was Steinmann-Buchet darüber gesagt hat. Die Leute haben sich getäuscht. Wohl geht der Preisabbau nicht einse tlich vor sich, wohl sind Schwankungen möglich, Preisstufen, je nach den örtlichen Bedingungen und nach anderen Spezialursachen. Aber die Tendenz nach unten ist unabwehrbar.

Ein Beispiel: In den neutralen Ländern, insbesondere in

den nordamerikanischen Ländern, waren die Lebensmittelpreise bis in ungläubliche Höhen gestiegen. Erbsen lagen um 1000 Prog., ja um einige 1000 Prog. waren sie im Vergleich. Sobald der Waffenstillstand unterzeichnet war, begann der Preisfall. In wenigen Tagen ging am schwedischen Chemikalienmarkt der Preis für feinstes Soda von 11 bis 12 Kronen auf 6 bis 7 Kronen, für feinstes Soda von 8 bis 7 Kronen auf 4 Kr. 50 Cere, für feinstes Soda von 2 Kr. 50 Cere auf 1 Kr. 25 Cere pro Kilogramm zurück. Vor dem Waffenstillstand bezahlte man in Schweden für das Kilogramm Leinöl 30 Kronen, einige Tage später 12 bis 14 Kr. Der Sammelpreis ging von 8 bis 9 Kr. auf 4 Kr., der Preis für Bromkalium sogar von 80 Kr. auf 25 Kr. pro Kilogramm zurück. Eine wahre Angst war in die Händler und Fabrikanten gefahren. Alle Augenblicke hatte man in Skandinavien neue chemische Fabriken errichtet. Schwefelphosphorfabriken, Sulfidfabriken, Fabriken für medizinische Präparate, Zellulosefabriken usw. Man glaubte, sich unabhängig machen zu müssen und erhoffte nach dem Kriege einen rasenden Absatz. Aber jetzt zeigt sich, daß man sich verallturiert hat. Selbst tüchtige Kaufleute sind blind gewesen. Kürzlich hat England die Ausfuhrverbote für über 130 Artikel aufgehoben. Darunter für wichtige Chemikalien, wie Alkohol, denaturierten Spiritus, Glyzerin, Karbolsäure, Acetof, Schwefelsäure, salp. Säure usw. Es galt, schnell den Absatz zu sichern. Die chemische Industrie Skandinaviens hat nunmehr die Auslandsproduktion im Lande. Der Wettbewerb hat begonnen, und es fragt sich sehr, ob die vielen Neugründungen lebensfähig bleiben. Wahrscheinlich wird sich zeigen, daß man übergründet hat. Nicht nur in Skandinavien, sondern auch in der Schweiz, in Spanien und in den Entente-Ländern. Die schweizerische Transportmittel-Industrie hat schwere Wettbewerbsorgane. Sie hatte sich auf einen festen Friedensmarkt eingestellt und sieht nun die Konkurrenz nahen, die ihr nicht nur den Absatz im Auslande, sondern auch im eigenen Lande streitig machen will.

**Rapide ist auch der Preisfall am Schiffsmarkt.** Die Schiffsbreite hatten sich im Kriege verdoppelt, verdreifacht, ja nicht selten vervierfacht. Die ältesten Rosten wurden mit horrenden Summen bezahlt, es gab keine moralische Planke mehr, die nicht ihren Käufer fand. Man rief sich um jedes Waad. Da es nicht gelang, neue Baumethoden und Bauverfahren schnell und massenhaft zu verwirklichen, griff man die ältesten Weilände an. Es wurden Schiffverleumdungsgesellschaften gegründet, die ungeheure Geschäfte machten. Unternehmungen, die in wenigen Monaten das Vielfache des eingezahlten Kapitals rauswirtschafteten. Damit ist es nun zu Ende, denn der Frachtenmarkt ist von Jucht befreit. Man hatte nicht nur in Deutschland die Friedensmonopole unterkühlt. Die Vereinigten Staaten haben ein Gewaltprogramm aufgestellt, sie wollen in verhältnismäßig kurzer Zeit 25 Millionen Tonnen haben und damit die größte Handelsflotte der Welt besitzen. Die für Kriegstransporte gedachten Handelsschiffe müssen bald wieder, wen'igstens teilweise, für Friedensgewerde frei werden. Man hat mit äußerster Energie gegen den U-Boot-Krieg gebaut, Hunderte neuer Boosten sind in den Entente-Ländern und in den neutralen Ländern entstanden. Wohl rechnet man mit dem Güterhunger der Mittelmächte, aber man weiß, daß dieser Hunger nicht von heute auf morgen befriedigt wird. Daher erwartet man ein festiges Sinken der Frachtraten und sieht wohl am liebsten die Errichtung eines umfassenden Boole. Ueberhaupt sind internationale Preisstabilisierungsbestrebungen nicht ausgeschlossen. Es ist durchaus möglich, daß das Kapital sich gegen einen jähen Preisfall durch Sanftmaßnahmen zu sichern sucht.

Solche Bestrebungen erleben wir jetzt schon am Gummimarkt und am Kaffeemarkt. Der Gummimarkt ist infolge Absatzüberschätzung in eine heftige Krise geraten. An der Londoner Börse sind die Kurse der Gummimarkte seit Anfang dieses Jahres fortwährend gesunken. Die Gummipflanzer in den Malaienstaaten, in Niederländisch-Indien und in anderen Gummigebieten haben wild darauf los gebaut und manche Plantagen haben ihre Anbauflächen verdoppelt und verdreifacht. Dem entsprechend waren die Ernten ungeheuer groß. Die Vereinigten Staaten und England, die Hauptgummieinfuhrer während des Krieges, hatten Einfuhrbeschränkungen erlassen. Die Gummiiindustrie strebte die Aufhebung dieser Beschränkungen an, es ist ihr aber bisher nicht gelungen. Auch erfüllen die Regierungsgewalt und der Vereinigten Staaten die Preisstabilisierungswünsche des Gummianbauers und der Gummii-Industrie nicht. In der Generalversammlung der englischen Gummigesellschaften wurde in letzter Zeit bitter über die ungläublichen Verkaufspreise geklagt. Man kann auf Abhilfe und schlag allerlei Erdbühnen- und Stabilisierungsmahnahmen vor. Einschränkung des Anbaus, Minimal- und Maximalpreise, je nach Qualität, internationaler Zusammenklusur zur Sicherung der finanziellen Ertragnisse. Bis jetzt ist daraus noch nichts geworden. Ebenso ist noch nichts aus der Valorisation der brasilianischen Kaffeestände geworden, die der Regierung Brasiliens große Sorge machen. Man kennt ja diese Vorkehrungen auf die nicht absehbaren Kaffeestände des Staates Sao Paulo, die dazu gebiert haben und jetzt wieder dazu dienen sollen, die Finanzen des Staates zu retten und zwar durch Versteuerung des Kaffees bzw. durch Nationalisierung des „Kaffeeabzuges“ am Weltmarkt. Vor dem Kriege haben sich auch deutsche Firmen an dieser Versteuerung eines notwendigen Lebensmittels beteiligt, beispielsweise Gleichröder und Eardder Gebr. in Hamburg. Augenblicklich verhandeln die Vereinigten Staaten wegen der Valorisation. Es heißt, daß sie 100 Millionen Dollar geben wollen, aber dafür das Absatzmonopol verlangen. Rämt das Geschäft zustande, so würden die europäischen Kaffeepreise von einem amerikanischen Konsortium diktiert werden. Sicherheit nicht im Interesse der Verbraucher, denn das Konsortium will sich ja nicht nur die Zinsen und Provisionen für die Anleihe sichern, sondern auch noch ein hübsches Geschäft aus dem Kaffee-Verkauf machen. Es ist das ein Spekulationsgeschäft nach altem Muster, eines der peinlichen Ringgeschäfte, unter denen Deutschland im Frieden schon zu leiden hatte. Das Problem einer internationalen Preispolitik unter Kontrolle der Verbraucher wird heute akut. Handelsmonopole beispielsweise, die von Auslandswaren abhängig sind, dürfen nicht Großspekulanten, Ringbildern, Boomleuten ausgespielt werden. Sonst kommt es zu einer Verbrauchsverknüpfung, die dem Wesen und dem Zweck des Monopols widerspricht. Nur eine Internationalisierung der Preise unter Volkswirtschaft, nach strengen Sozialgrundgesetzen eine solche Gefahr abwenden. Heute sucht das Kapital nach Risengeschäften aus der Not zu machen. Das darf in Zukunft nicht sein. Es darf nicht sein, daß Trustmagnaten den Lebensunterhalt der Arbeiter bestimmen. Es heißt nicht nur, die Auspömerung innerhalb der Grenzen, sondern überhaupt die Auspömerung unmöglich machen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Kestler, Berlin Bismarckstr. 1.  
Druck der Landesdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.